

KiTa-Eltern sollen Haushalt retten

(Bruchköbel/jgd) - Der Ausblick, dass CDU und BBB mit ihrer knappen Mehrheit von 19:18 Stimmen am 24. März im Rat-

haus die drastische Erhöhung der KiTa-Gebühren durchsetzen wollen, hat in der Stadt zu einigen Diskussionen geführt. Junge Eltern äußerten sich etwa auf Facebook betroffen und auch empört. Denn für die beiden konservativen Parteien scheint der Beschluss unverrückbar (siehe separate Pressemitteilung). Nichts ist mehr zu hören von einer eventuellen Erhöhung in zwei Stufen, um den Gebührenschock zu mildern. Auch beim, wie ein Gesetz präsentierten, in Wirklichkeit aber einst willkürlich festgelegten Kostenanteil von 25% zu Lasten der Eltern wollen CDU und BBB nicht nachgeben. Ärmeren Eltern, die die hohen Gebühren nicht zahlen können, will man lediglich eine fragwürdige Antragsmöglichkeit anbieten: Ehrenamtliche Magistratsmitglieder aus den Parteien sollen in Zukunft darüber entscheiden, wer wieviel Rabatt erhalten darf - verbindliche Regeln und Kriterien, auf die sich betroffene Eltern verlassen könnten, wie zum Beispiel verbindliche Einkommensgrenzen, soll es für diese Prozedur anscheinend nicht geben.

Als Begründung für den Gebührenanstieg wird immer wieder der sanierungsbedürftige Haushalt genannt - die Eltern der KiTa-Kinder hätten dazu nun einmal ihr Scherflein beizutragen, so verlautete es immer wieder. Konkret erhofft sich der Magis-

trat, dass aus rund 800.000 Euro Elterngebühren knapp 1,5 Millionen Einnahmen werden. Diese Zahlen aus dem letzten Haushaltsentwurf zeigen, dass es dem Magistrat bei den KiTa-Gebühren um nicht weniger als nahezu eine Verdoppelung der Einnahmen von Elternseite geht. Eine Front aus SPD, BBB und Grünen hatte den Haushaltsentwurf von Bürgermeister Maibach im Herbst zwar abgelehnt, weil zu einseitig auf die Erhöhung von Gebühren gesetzt werde. Aber in den seither stattfindenden Haushaltsrunden der Parteifractionen gärt es wohl inzwischen. Griffige oder gar mutige Sparideen wollen sich dort, wie man hört, nicht so recht einstellen. Die CDU-Fraktionsvorsitzende ließ jetzt durchblicken: „Die zig Haushaltsrunden haben in den letzten Wochen deutlich gezeigt, dass richtig große Einsparpotentiale gar nicht wirklich vorhanden sind“. Das ist einerseits eine Ohrfeige an die Parlamentskollegen der anderen Parteien, soll aber vor allem als Begründung für die harten Gebührenerhöhungen bei den Kitas dienen. Und weil echte, strukturelle Maßnahmen, die Geld sparen würden, mit den „wechselnden Mehrheiten“ im Parlament seit Jahren nicht möglich scheinen, wächst nun die gespannte Erwartung auf den Haushalt, den der Bürgermeister Ende April vorlegen will.